

Mandanteninformation und Allgemeine Auftragsbedingungen

Mit diesen Informationen und Auftragsbedingungen möchten wir, die Anwaltskanzlei Pieper, Ihnen die Zusammenarbeit mit meiner Kanzlei erleichtern und die rechtliche Basis unseres Mandatsverhältnisses klären.

1. Vergütung und Beratungskosten

Die Vergütung richtet sich grundsätzlich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) und wird nach dem jeweiligen Gegenstandswert berechnet. Ergänzend vereinbaren wir folgende Sätze:

- **Erstberatung:** Für eine Erstberatung berechnen wir pauschal 249,90 EUR brutto (190,00 EUR netto zzgl. Auslagen und MwSt.). Dieser Betrag wird unabhängig von einem niedrigeren gesetzlichen Wert vereinbart.
- **Mandatierung bei niedrigem Wert:** Führt die Beratung zu einer weitergehenden Mandatierung bei geringem Gegenstandswert, berechnen wir ein Mindestaufkommen von 321,30 EUR brutto (250,00 EUR netto zzgl. Auslagen und MwSt.).
- **Vorschüsse:** Gemäß § 9 RVG sind wir berechtigt, angemessene Kostenvorschüsse für bereits entstandene oder voraussichtlich entstehende Gebühren zu fordern.

2. Rechtsschutzversicherung

Auch bei Bestehen einer Rechtsschutzversicherung bleiben Sie unser Vertragspartner und damit primärer Kostenschuldner. Die Kanzlei rechnet zwar mit der Versicherung ab, eine etwaige Differenz zwischen der Versicherungsleistung und den tatsächlich anfallenden Gebühren (z. B. Selbstbeteiligung oder Honorarvereinbarungen) ist jedoch von Ihnen zu tragen.

3. Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe

Sollten Sie aufgrund Ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse Anspruch auf staatliche Unterstützung (Beratungshilfe/Prozesskostenhilfe) haben, müssen Sie uns dies unverzüglich und ungefragt mitteilen. Wir empfehlen, vorab beim zuständigen Amtsgericht einen Beratungshilfeschein zu beantragen. Wird ein Antrag vom Gericht abgelehnt, tragen Sie die Kosten des Mandats selbst.

4. Kommunikation und moderne Technologien

- **Digitale Kommunikation:** Sie erklären sich damit einverstanden, dass die Korrespondenz (auch mit Dritten) unverschlüsselt per E-Mail oder WhatsApp Business erfolgen darf. Wir weisen ausdrücklich auf die damit verbundenen Sicherheitsrisiken (Zugriff Dritter, Datenverlust) hin.
- **Einsatz von KI:** Zur effizienten Bearbeitung Ihres Mandats setzen wir moderne KI-gestützte Systeme ein (z. B. zur Analyse umfangreicher Dokumente oder Recherche). Alle Ergebnisse werden anwaltlich geprüft; eine ausschließlich automatisierte Entscheidung findet nicht statt.

5. Haftungsbeschränkung

Unsere Haftung für einfache Fahrlässigkeit wird auf den gesetzlich zulässigen Höchstbetrag (i. d. R. die Deckungssumme der Berufshaftpflichtversicherung) beschränkt. Dies gilt nicht bei grober Fahrlässigkeit, Vorsatz oder Schäden an Leben, Körper und Gesundheit. Die Haftung erstreckt sich ausschließlich auf die Anwendung deutschen Rechts.

6. Hinweise zu Arbeitsgerichtssachen

In Urteilsverfahren erster Instanz besteht auch im Falle des Obsiegens kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltskosten durch die Gegenseite (§ 12a ArbGG). Diese Kosten verbleiben bei Ihnen.

7. Abtretung und Gesamtschuldner

Sollten Ihnen Kostenerstattungsansprüche gegen Gegner, Versicherungen oder die Staatskasse zustehen, werden diese hiermit in Höhe unserer Gebührenansprüche an die Kanzlei abgetreten. Mehrere Mandanten in derselben Angelegenheit haften als Gesamtschuldner.

8. Aktenaufbewahrung

Handakten werden für die Dauer von sechs Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Mandatsbeendigung aufbewahrt. Originalunterlagen sind nach Abschluss des Mandats abzuholen.

Bestätigung und Einwilligung

Ich bestätige, die vorstehenden Hinweise und Auftragsbedingungen (einschließlich der Informationen zum KI-Einsatz, WhatsApp-Nutzung und den Vergütungssätzen) zur Kenntnis genommen zu haben und akzeptiere diese in rechtlich bindender Weise.

Ort, Datum

Unterschrift Mandant/in